

**Zeitschrift:** Energie & Umwelt : das Magazin der Schweizerischen Energie-Stiftung SES  
**Band:** - (2003)  
**Heft:** 3: EnergieSchweiz konkret : ein Augenschein im Wallis  
  
**Artikel:** Sisyphus als Programm  
**Autor:** Braunwalder, Armin  
**DOI:** <https://doi.org/10.5169/seals-586776>

### **Nutzungsbedingungen**

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

### **Conditions d'utilisation**

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

### **Terms of use**

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

**Download PDF:** 09.11.2024

**ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>**

# Sisyphus als Programm

**Die Verantwortlichen des Programms EnergieSchweiz sind wirklich nicht zu beneiden: Energiepolitisches Stop and Go im Bundeshaus und fehlende gesetzliche Rahmenbedingungen machen ihre Aufgabe zur Sisyphusarbeit. Die Beteuerung «wir sind auf Zielkurs» ist reiner Zweckoptimismus. Dennoch gibt es beachtliche Erfolge.**

Von Armin Braunwalder,  
SES-Geschäftsleiter

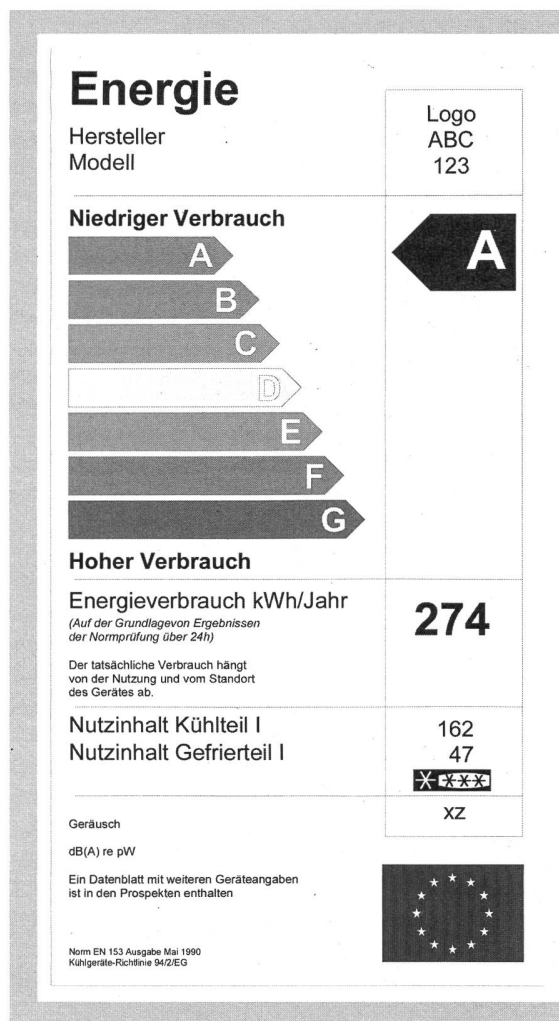
Mit dem Aktionsprogramm Energie-2000 legte der Bundesrat am 27. Februar 1991 erstmals politisch verpflichtende Ziele für den Energieverbrauch und den Beitrag der erneuerbaren Energien fest: Der Verbrauch von fossiler Energie und die CO<sub>2</sub>-Emissionen sollten zwischen 1990 und 2000 stabilisiert und anschliessend gesenkt

werden. Auch der Elektrizitätsverbrauch sollte ab 2000 stabilisiert werden. Der Bund gab zwar Zielwerte vor, erliess aber keine zwingenden Vorschriften für Geräte und Fahrzeuge. Das Prinzip «Freiwilligkeit» wurde zum dominierenden Faktor in der Energiepolitik.

Den hehren Zielen folgte der finanzielle Rückzug. Das Budget des Bundes für das Aktionsprogramm wurde von den ursprünglich vorgesehenen

170 Millionen Franken pro Jahr auf bescheidene 55 Millionen Franken pro Jahr zusammengekratzt. Das entspricht gerade mal 2,6 Promille der schweizerischen Energieausgaben von 22,5 Milliarden Franken im Jahr 2002. Mit diesem Bonsai-Budget den Energiemarkt beeinflussen zu wollen, gleicht dem Bild von der Maus, die einen Elefanten schultern soll.

Die Bilanz des Programms kann deshalb nicht erstaunen. Der Gesamtenergieverbrauch hat zehn Jahre nach Lancierung von «Energie-2000» im Jahr 2001 einen neuen Höchststand erreicht. Gegenüber diesem Höchstniveau sank der Energieverbrauch im Jahr 2002 um 2,1%. Erklärung des Bundesamtes für Energie (BFE) in der Gesamtenergiestatistik: «Das Jahr 2002 war sehr warm. Das Bruttoinlandprodukt blieb praktisch unverän-



## Energiedeklaration ungenügend

Nach einer 12-monatigen Übergangsfrist ist es für die Anbieter seit anfangs Jahr gemäss Energieverordnung vorgeschrieben, Haushalts-grossgeräte wie Waschmaschinen, Geschirrspüler, Lampen, Kühl- und Gefriergeräte sowie Tumbler mit einer Energieetikette zu versehen. Auch Lampen bzw. deren Verpackungen sind der Deklarationspflicht unterstellt. Damit können Konsumentinnen und Konsumenten auf einer Skala von A bis G erkennen, ob es sich um ein energieeffizientes (A) oder stromfressendes Gerät (G) handelt. Eine gesamtschweizerische Untersuchung von «Alec – Allianz Energie – Konsum»<sup>1</sup> zeigt jedoch, dass es mit der Umsetzung noch gewaltig hapert: mehr als 40% der untersuchten Geräte sind nicht korrekt etikettiert. Alec zieht aus der breit angelegten Untersuchung unter anderem folgende Schlüsse:

- Das Tempo der Entwicklung ist zu langsam. Das BFE wird eine Nachkontrolle anordnen müssen, die unter Umständen die im Energiegesetz vorgesehenen Sanktionen nach sich ziehen kann.
- Das BFE muss die Einführung der Energieetikette für weitere Gerätekategorien in der EU und der Schweiz fördern.
- Der Handel muss endlich in allen Werbemitteln den Energieverbrauch bzw. die Energieklasse der beworbenen Geräte korrekt auf-führen.
- Das Verkaufspersonal muss dringend hinsichtlich Kompetenz und Wissen des Energiesparens geschult werden.

Das lausige Ergebnis hat nun das Bundesamt für Energie (BFE) auf den Plan gerufen. Es hat Electrosuisse und das Eidgenössische Starkstrominspektorat mit der Kontrolle betraut. Laut Energiegesetz kann das BFE bis maximal 40'000 Franken Busse aussprechen.

1 Marktcheck 2003, ACSI/FRC/S.A.F.E/SES/SKS/WWF, August 2003, [www.energieeffizienz.ch](http://www.energieeffizienz.ch)



**EnergieSchweiz:**  
«Wir sind auf Zielkurs.»

dert. Die industrielle Produktion sank um 5,6 Prozent. Der markante Absatzrückgang der Flugtreibstoffe ist ein Abbild der Lage im Flugverkehr.» Mit anderen Worten: Zieht die Wirtschaft wieder an, steigt der Energieverbrauch weiter. Immerhin: Obwohl die Zahl der Motorfahrzeuge seit 1990 um 27% zugenommen hat, stagniert der Benzinabsatz «auf hohem Niveau» (BFE). Der nicht genau fassbare Tanktourismus an der Landesgrenze erschwere zwar die Analyse. Aber für das BFE ist klar: «Die Anstrengungen von EnergieSchweiz zeigen zunehmend Wirkung.» Dafür handelt man sich andere Probleme ein: Der vom BFE und Energieminister Moritz Leuenberger unterstützte Trend zu mehr Dieselfahrzeugen erhöht den Ausstoss krebserregender Luftpartikel und der Vorläufersubstanzen der Ozonbildung.

### **Bilanz: niederschmetternd**

Trotz messbarer und belegter Erfolge des Programms Energie-2000 und des Nachfolgers EnergieSchweiz (vgl. Kasten) ist die Gesamtbilanz niederschmetternd: Zwischen 1990 und 2000 nahm der Verbrauch fossiler Energien um 8,9 Prozent, der Stromverbrauch um 12 Prozent zu. Im Schlussbericht des Programms Energie-2000 wird das nicht beschönigt: Wachsende Bestände von Motorfahrzeugen, Wohnungen, Apparaten und Geräten haben die technischen Effizienzgewinne mehr als aufgefressen. Laut BFE ist auch die

Stabilisierung des Elektrizitätsverbrauchs nach dem Jahr 2000 «aufgrund der bisherigen Politik und bei einem gedeihlichen Wirtschaftswachstum nicht absehbar.» Also passt man das Ziel an: Gemäss EnergieSchweiz soll der Verbrauch von Elektrizität zwischen 2000 und 2010 um maximal 5 Prozent zunehmen. Dieses Soll ist je

nach Lesart bereits überschritten (2000–2002: + 5,4%) oder schon fast ausgeschöpft (2001–2002: + 3,1%)... – Wie lange noch soll das Bundesamt für Energie unter den geltenden gesetzlichen Rahmenbedingungen Sisyphusarbeit leisten?



## **Öffentliche Finanzen profitieren**

«Energie-2000» hat mit einem Gesamtbudget von 558 Mio. Franken über 10 Jahre hinweg knapp 20% des Gesamtenergieverbrauchs von 1999 eingespart. Dies entspricht vermiedenen Energiekosten von 4,7 Milliarden Franken. Gleichzeitig reduzierte das Programm den CO<sub>2</sub>-Ausstoss um gut 10 Millionen Tonnen und löste Investitionen von 4,4 Milliarden Franken aus. Damit wurde ein Arbeitsvolumen von fast 40'000 Personenjahren geschaffen. Allein diese Kennzahlen sprechen für die Verstärkung des Folgeprogramms EnergieSchweiz, wie dies die SES fordert. Dass dies in der gegenwärtigen wirtschaftlichen Situation genau die richtige Massnahme ist, untermauert eine aktuelle Studie von INFRAS:<sup>2</sup>

- EnergieSchweiz bewirkt einen Strukturwandel in der Energiewirtschaft und hat damit auch signifikante volkswirtschaftliche Auswirkungen. Gefördert werden Investitionen in innovative, zukunftsorientierte Branchen und Arbeitsplätze.
- Mit den erzielten energetischen Wirkungen ist eine Substitution des Imports fossiler Energien durch Investitionen in die einheimischen Märkte der Energieeffizienz und der erneuerbaren Energien verbunden.
- Diese Investitionen führen zu zusätzlicher Beschäftigung und damit zu positiven Arbeitsmarktwirkungen.
- Insgesamt zahlt sich dieser Strukturwandel auch für die öffentlichen Finanzen aus, da die Mehrkosten (Programmkosten) und Mindereinnahmen (reduziertes Abgabekommen auf den eingesparten herkömmlichen Energien) durch die Reduktion der Ausgaben für die Arbeitslosenversicherung und Mehreinnahmen bei der Mehrwertsteuer deutlich kompensiert werden.

<sup>2</sup> Volkswirtschaftliche Bedeutung von EnergieSchweiz, Zürich, Juli 2003